

Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXIX/213

7. November 1974

Erziehungsziel ist der mündige Bürger

Zur neuen Fassung der Richtlinien für den Politik-
unterricht in Nordrhein-Westfalen

Von Jürgen Girgensohn MdL
Kulteminister des Landes Nordrhein-Westfalen

Seite 1 und 2 / 50 Zeilen

Eine neue Form entwicklungspolitischer Zusammenarbeit

Die Ölländer können die technische Hilfe selbst
finanzieren

Von Erwin Stahl (Kempen) MdB
Obmann der Arbeitsgruppe wirtschaftliche Zusammenarbeit
in der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 3 und 4 / 65 Zeilen

Klassische Opposition oder Wahlkämpferverein?

Die Zwangs-Alternative für die Unions-Parteien

Seite 5 / 38 Zeilen

Mehr demokratisches Gewicht für Europa

Direktwahl zum Europäischen Parlament und reale Kom-
petenzen gehören zusammen

Von Ludwig Fellermaier MdB
Stellv. Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion
im Europäischen Parlament

Seite 6 und 7 / 64 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Neussallee 2-10
Postfach: 120 406
Presserhaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telefax: 05 08 848 - 41 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Erziehungsziel ist der mündige Bürger

Zur neuen Fassung der Richtlinien für den
Politikunterricht in Nordrhein-Westfalen

Von Jürgen Girgensohn MdL
Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen

Ziel des Politikunterrichts in Nordrhein-Westfalen ist der Bürger, den Augenmaß und Zivilcourage auszeichnen und der auch einmal bereit ist, gegen den Strom zu schwimmen: Das Gegenbild des Untertanen, des Mitläufers, desjenigen, der alles unbesahen für richtig hält, was man ihm schwarz auf weiß zeigt. Der Gefahr der Radikalisierung muß der Politikunterricht ebenso begegnen wie der Gefahr der Entpolitisierung. Wir wollen weder Heißsporne erziehen, die meinen, mit dem Kopf durch die Wand gehen zu müssen, noch politisch Gleichgültige, die behaupten, Politik gehe sie nichts an. Dieses Erziehungsziel des selbständig denkenden, urteilenden und handelnden Bürgers umschreiben die Richtlinien mit dem Begriff der Emanzipation. Das war, ist und bleibt der Grundgedanke des Politikunterrichts in Nordrhein-Westfalen.

Wir haben unsere Richtlinien für den Politikunterricht in einer überarbeiteten Fassung veröffentlicht. In vielen Formulierungen unterscheidet sich diese Fassung von der alten. Acht der zehn Hauptlernziele, der Qualifikationen, weichen jetzt mehr oder weniger stark vom ursprünglichen Text ab, aber nur eine einzige wurde in ihrem Sinn verändert, und zwar aus eindeutig didaktischen, nicht politischen Gründen. Das heißt: Die neue Fassung weicht nicht vor Vorwürfen zurück, sie verdeutlicht vielmehr die Ziele eines Textes, der, in der Sprache der Fachdidaktik verfaßt, für die Hand des Fachlehrers bestimmt war, aber breitetes öffentliches Interesse gefunden hat.

Von den nordrhein-westfälischen Lehrern sind die Zielsetzungen des Politikunterrichts offenbar verstanden worden. Bis zum heutigen Tage ist mir

nicht eine einzige Beschwerde darüber vorgelegt worden - weder von Eltern, noch von der Schulaufsicht -, daß ein Lehrer die Richtlinien in einem nicht verfassungskonformen Sinne ausgelegt und einen entsprechenden Unterricht erteilt hätte. Die kritische Diskussion in der Öffentlichkeit zeigte demgegenüber, daß jemand, der sich in anderen als pädagogischen Denkkategorien bewegt, zu Fehldeutungen unserer Absichten kommen konnte. Dies ist jetzt völlig unmöglich.

Aber ist es wirklich so völlig unmöglich? Ein Teil der Kritik der letzten Monate hatte sich zu immer schrilleren und auch bei kritischer Lektüre nicht zu belegenden Vorwürfen verstiegen. In den Richtlinien werde zum Klassenkampf aufgerufen, wird behauptet, eine "rote Bekenntnisschule" werde vorbereitet. In solchen Anwürfen erkenne ich nicht die geringste Bereitschaft zu fairer Auseinandersetzung. Hier haben wir es vielmehr mit der konsequenten Verteufelung durch Zeitgenossen zu tun, die sich Mühe geben, einen berühmt-berüchtigten Film neueren Datums in der politischen Arena nachzuspielen und sich dem verschreckten Publikum als Exerzisten zu empfehlen. Ob die neue Fassung bei diesem Teil der Kritiker Einsichten und Verständnis fordert, bleibt abzuwarten.

In einer ersten Stellungnahme der CDU hat deren Landesvorsitzender Heinrich Köppler die Neufassung als "Wahlkampfkosmetik" abgetan. Die bisherige Haltung der Union zu den Richtlinien war aber alles andere als konsequent. Nachdem die CDU den Text zunächst eine begrüßenswerte Diskussionsgrundlage genannt hatte, forderte sie später, die Texte einzustampfen; jedoch erst zu einem Zeitpunkt, als die Schulen schon fast ein Jahr mit ihnen gearbeitet hatten. Köpplers Stellungnahme nun weckt Zweifel daran, ob es der CDU wirklich um Eindeutigkeit und Unmißverständlichkeit geht oder nicht etwa darum, ein selbstgeschneidertes Thema zu behalten, mit dem sich weniger sachkundige Bürger im Wahlkampf erschrecken lassen. (-/7.11.1974/ks/pr)

+ + +

Eine neue Form entwicklungspolitischer Zusammenarbeit

Die Ölländer können die technische Hilfe selbst finanzieren

Von Erwin Stahl (Kempen) MdB

Obmann der Arbeitsgruppe wirtschaftliche Zusammenarbeit
in der SPD-Bundestagsfraktion

Nach den Preissteigerungen für Erdöl und andere Rohstoffe seit dem vergangenen Spätherbst gibt es eine Anzahl von Ländern in der Dritten Welt, die zwar alle Merkmale unterentwickelter Länder haben - wie mangelhafte Infrastruktur, duale Volkswirtschaften mit stark exportorientierter Rohstoffproduktion und eine Subsistenzwirtschaft auf dem Lande und im handwerklichen Sektor -, die aber neuerdings durch starke Devisenaufkommen aus Exporten mit Rohstoffen in der Lage sind, die Behebung dieser vorhandenen Nachteile und damit verbundenen notwendigen Maßnahmen zu ihrer eigenen Entwicklung selbst zu bezahlen. Einige dünnbesiedelte, nur schwer erschließbare Staaten wie Saudi-Arabien und die Emirate am Persischen Golf sind nicht einmal in der Lage, ihre Erdöleinnahmen im eigenen Land - "im Sinne einer Entwicklungspolitik" - anzulegen.

Deshalb hat die Bundesregierung eine neue Form der Entwicklungshilfe eingeführt, die technische Hilfe gegen Bezahlung. In die Praxis hat dieses neue Verfahren der Hilfe in einigen Fällen schon Eingang gefunden. Das erste Abkommen dieser Art ist schon Ende Mai dieses Jahres mit Saudi-Arabien abgeschlossen worden. Es geht hier um einen Betrag von 20 Millionen DM für Leistungen der technischen Hilfe, die voll bezahlt werden. Mit Libyen und dem Irak gibt es seit Anfang August ähnliche Vereinbarungen, weitere werden folgen. Die Bundesregierung erwägt auch eine Staffelung des Anteils der Bezahlung von technischer Hilfe, um damit das demnächst zur Verfügung stehende Mehr an vorhandenen Mitteln für die unterentwickeltesten Länder bereitstellen zu können.

Somit ist es möglich, neue Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu praktizieren und auszubauen, dabei auch die zur Verfügung stehenden Haus-

haltsmittel schwerpunktmäßiger den bedürftigen Ländern zur Verfügung zu stellen. Bundesminister Egon Bahr und sein Parlamentarischer Staatssekretär Alwin Brück haben damit dem Stand der neuen Entwicklung für den politischen Bereich, dem sie vorstehen, schnell Rechnung getragen. Die Opposition sieht dies noch nicht ganz ein; ihre aufgeregten Auslassungen legen ein beredtes Zeugnis davon ab.

Eine wichtige Schlüsselrolle bei der Vergabe und Überwachung von technischer Hilfe gegen Bezahlung wird die neue Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) als Nachfolgerin von GAWI und BFE übernehmen. Sie wird in der Regel das für die Projekte notwendige fachkundige Personal stellen oder vermitteln und die erforderlichen Sachbeschaffungen im Namen und für Rechnung der Regierung des Partnerlandes vornehmen. Hier öffnet sich auch eine gute Möglichkeit des Einsatzes von zeitlich befristeten Fachkräften aus dem Bereich der an Entwicklungsvorhaben interessierten kleinen und mittleren Unternehmen unseres Landes. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit wird als Auftraggeber die Tätigkeit der GTZ in diesem neuen Bereich der technischen Hilfe gegen Bezahlung weiterhin festlegen. Die Durchführung der fachlich-technischen Ausführung dieser Projekte erfolgt auch durch die GTZ selbständig; dabei gilt der Grundsatz, daß sie bei Mangel an eigener Kapazität soviel externen Sachverstand wie möglich mobilisieren soll. Können zum Beispiel die anstehenden Leistungen von anderen Stellen, etwa durch private Consult-Firmen, vom wirtschaftlichen Standpunkt aus günstiger erbracht werden, sollen diese mit der Durchführung beauftragt werden.

Bei Vergabe der technischen Hilfe gegen Bezahlung werden die Grundsätze der entwicklungspolitischen Konzeption der Bundesregierung weiterhin angewandt. Es müssen hier wie bei normalen, von der Bundesrepublik finanzierten Entwicklungsprojekten, in jedem Fall die entwicklungspolitischen Kriterien erfüllt sein. Von diesem Maßstab wird nicht abgegangen, da es nicht im Interesse der GTZ und der Bundesrepublik liegen kann, gegen Bezahlung im Bereich der Entwicklungshilfe von den konzipierten und international anerkannten Grundsätzen abzugehen.

Diese Form der technischen Hilfe entspricht der Notwendigkeit, die knappen öffentlichen Mittel, aus Steuergeldern unserer Bürger aufgebracht, möglichst ungeschmälert den finanziell schwachen Entwicklungsländern zur Verfügung zu stellen. Dabei ist es auch Aufgabe der Bundesregierung, nach Wegen zu suchen, die Möglichkeit der Hilfe für die Dritte Welt zu erweitern. Die Neueinführung der technischen Hilfe gegen Bezahlung ist ein weiterer wichtiger Schritt auf dem Weg einer sinnvollen wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den Ländern, die Hilfe und nicht Almosen brauchen. (-/ 7.11.1974/ks/pr)

+ + +

Klassische Opposition oder Wahlkämpferverein?

Die Zwangs-Alternative für die Unions-Parteien

Des SPD-Fraktionsvorsitzenden Herbert Wehners erster Versuch, in einer seiner wegweisenden Bundestags-Reden die CDU/CSU, unter Erinnerung an das positive Verhalten der SPD in den Zeiten des Abschlusses der Westverträge und des europäischen und atlantischen Verteidigungssystems, heute in der Frage der Ost- und Deutschlandpolitik aus der sterilen und schließlich auch insgesamt gefährlichen Position, diese Ostverträge als "Nichtverträge" abzuwerten, herauszuführen, ist dem ersten Augenschein nach noch nicht gelungen. Gewiß sollte man bestimmte Töne in der Rede des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Prof. Dr. Karl Carstens nicht überhören wollen; auch die Hinweise auf Aussagen des CDU-Präsidiumsmitgliedes Walther Leisler Kiep deuten in diese hoffnungslose Richtung. Aber das Gesamtaufreten der Unions-Parteien in der Debatte nach der Regierungserklärung des Bundeskanzlers über seine Moskauer Verhandlungen warnt sehr eindringlich davor, dieser mehr und mehr unter den politischen Einfluß der Strauß und Dregger geratenen Parteien-Gruppierung etwa jetzt schon den von Wehner geforderten Status einer "klassischen Opposition" zuzubilligen. Dabei braucht man nicht nur auf die Rede des CSU-Abg. Dr. Richard Jaeger zu verweisen, der, unter dem erleichterten Beifall seiner Fraktionskollegen, lupenrein den Stil der sturen Nein- und Anti-Opposition vertrat, für die das CSU-Zentralorgan "Bayernkurier" bürgt, das in seiner jüngsten Ausgabe über die Schmidt/Breschnjew-Verhandlungen in Moskau zu berichten weiß, daß dort "von Berlin nicht die Rede" gewesen sei.

Mit dieser Art Opposition haben wir es zu tun und müssen wir leben. Das erneut bewiesene Unvermögen, sich sachlich und konkret mit Fakten und Problemen auseinanderzusetzen, wurde in dieser Debatte um die Regierungserklärung zum wiederholten und überdrüssigen Male in einer Weise praktiziert, die den Bundeskanzler in seiner unwirschen Schlußbemerkung zu der Feststellung zwang, daß die Opposition ganz offensichtlich auf andere Gebiete ausweiche, um das Faktum zu übertünchen, daß sie im Grunde doch zustimme. Helmut Schmidt führte damit den Versuch Herbert Wehners weiter, die CDU/CSU in dieser kardinalen Frage der Fortsetzung der Entspannung auch nach Osten zu der Zusammenarbeit zu bewegen, die für die Bundesrepublik essentiell notwendig ist.

Die CDU/CSU wird sich entscheiden müssen, ob sie zu dieser staatspolitischen Leistung einer klassischen Opposition fähig ist oder ob sie in ihrem wahlkampfbedingten Hickhack verharren und damit im Sinne der Lebensinteressen unseres Volkes und Staates versagen will.

(ee/7.11.1974/bgy/ee)

+ + +

Mehr demokratisches Gewicht für Europa

Direktwahl zum Europäischen Parlament und reale Kompetenzen gehören zusammen

Von Ludwig Fellermaier MdB

Stellv. Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament

Das Haager Treffen der Führer der Sozialdemokratischen Parteien in der Europäischen Gemeinschaft hat die Arbeit für das europäische Einigungswerk erneut vorangebracht und wird auch die Einführung der Direktwahl zum Europäischen Parlament beschleunigen können. Dieses Parlament hat jetzt selbst zur Durchführung der Direktwahl einen neuen, die fortgeschrittene Entwicklung in der Gemeinschaft berücksichtigenden Vertragsentwurf erarbeitet. Dieser vom holländischen Sozialisten Partijn vorgelegte Entwurf hat einen der Schwerpunkte sozialdemokratischer Europapolitik seit Gründung der Montan-Union zum Gegenstand.

Die erhebliche wirtschaftliche und - bei allen Vorbehalten - politische Bedeutung der in der Europäischen Gemeinschaft geballten Wirtschaftsmacht muß demokratischer Kontrolle unterliegen und sich mehr, als dies im Ministerrat möglich ist, auf demokratische Legitimität stützen. Die Demokratisierung der Gemeinschaft, aber auch die Identifikation mit ihren Institutionen und Aufgaben, vollzieht sich im Bewußtsein der Öffentlichkeit am natürlichsten durch allgemeine und direkte Wahlen zum Europäischen Parlament. So enthalten auch die Gemeinschaftsverträge den Auftrag an den Ministerrat, die Direktwahl herbeizuführen.

Ein auf die Erfüllung dieses Auftrages zielender Entwurf des Europäischen Parlaments aus dem Jahre 1960 scheiterte bisher nicht nur am Ministerrat, sondern auch daran, daß die Mitgliedstaaten nicht bereit waren, das Parlament

mit vollen politischen Kompetenzen auszustatten. Ein Parlament aber, das auf supranationaler Ebene weniger Rechte hat als die nationalen Parlamente einerseits und die supranationalen Exekutivgremien andererseits, kann dem Prinzip der parlamentarischen Demokratie ebenso wenig nützen wie dem europäischen Einigungsgedanken. Daher hat das Europäische Parlament noch im Sommer 1972 die Auffassung vertreten, die Erweiterung seiner Befugnisse dürfe nicht bis zur Verwirklichung der Direktwahl aufgeschoben werden. Direktwahl ist vielmehr nur politisch sinnvoll, wenn das Parlament auch echte Kompetenzen hat.

Nun hat Frankreich sich bereit erklärt, die Direktwahl zum Europäischen Parlament bis 1980 zu verwirklichen. In Belgien und Luxemburg liegt den Volksvertretungen ein entsprechender Vorschlag vor; auch Italien steht der Direktwahl aufgeschlossen gegenüber. Dies ermöglicht es auch den anderen Mitgliedstaaten, in ihren Parlamenten den Gedanken der Direktwahl voranzutreiben, vorausgesetzt, daß zwischen der Legitimation des Europäischen Parlaments und seinen Befugnissen kein belastendes Defizit entsteht.

Dies entspricht auch dem neuen Entwurf des Europäischen Parlaments. Er geht von den nationalen Wahlrechtsordnungen aus, die allgemeine, gleiche, freie und geheime Wahl vorschreiben und beschränkt sich - den Gemeinschaftsverträgen entsprechend - zunächst auf die nötigen und zulässigen gemeinsamen Regelungen. Diese sehen eine angemessene Vertretung aller Mitgliedstaaten, eine der Bevölkerungszahl entsprechende gleichgewichtige Vertretung der Bürger und möglichst aller wichtigen politischen Gruppierungen innerhalb der Mitgliedstaaten sowie auch nationaler Minderheiten vor.

Es gilt, die Ernsthaftigkeit gemeinsamer Bemühungen in dieser Stunde zu nutzen und bei den anderen Partnerländern in der Gemeinschaft das Bewußtsein zu schärfen für die Notwendigkeit, daß der Schritt in Richtung auf die Direktwahl abgestützt werden muß durch einen weiteren Schritt zur Stärkung der Befugnisse. Wir müssen über den bloßen Austausch von Absichtserklärungen hinauskommen.

(-/7.11.1974/ks/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller